Preußische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 20. Dezember 1933

Nr. 80

Tag	Inhalt:	(Seite
15 19 99	Geset über banpolizeiliche Zuständigkeiten		491
18, 12, 33.	Geset zur Anderung der Bestimmungen des Volksschulunterhaltungsgesetes über die Zugehörigten di		492
10 10 99	We set giber die Regussichtigung von unterirdischen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiesbohrungen		490
15. 12. 33.	Zweite Berordnung zur Ausführung bes Gesetzes zum Schutze ber nationalen Shmbole		100

(Rr. 14048.) Gefet über baupolizeiliche Zuftandigkeiten. Bom 15. Dezember 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gefetz beschloffen:

§ 1.

- nahmen sind
 - a) in Landfreisen die Kreispolizeibehörden,
- b) in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörden zuständig.
- (2) Der zuständige Minister kann für einzelne Verwaltungsbezirke eine abweichende Regelung treffen.

\$ 2.

- (1) Über Befreiungen (Dispense) von Bestimmungen der Baupolizeiverordnungen (Bau ordnungen) beschließen die Baugenehmigungsbehörden (§ 1).
- (2) Für Befreiungen von Bestimmungen hinsichtlich der baulichen Ausnutbarkeit der Grundstücke in der Fläche, Höhe und Geschößzahl, der Benutungsart (Wohngebiet, Industriegebiet u. dgl.) und der Bauweise (geschlossene, offene Bauweise) sowie beim Bau von Theatern, öffentlichen Bersammlungsräumen, Warens und Geschäftshäusern bedarf die Baugenehmigungsbehörde der Zustimmung des Regierungspräsidenten. Das gleiche gilt in allen Fällen bei Befreiungen für Bauten, die ganz oder teilweise für Rechnung von Gemeinden (Gemeindeverbänden) ausgeführt werden.
- (3) Die nach Abs. 2 erteilte Zustimmung bindet die zustimmende Behörde nicht im Beschwerdeversahren.
- (4) Gegen die Beschlüsse der Kreispolizeibehörde und des Bürgermeisters als Ortspolizeisbehörde, durch die eine Besteiung versagt oder nur bedingt erteilt wird, steht dem Bauherrn innershalb zweier Wochen die Beschwerde an den Regierungspräsidenten zu. Die Beschwerdeentscheidung ist endaültig.

2. 3'm & 44 III mercen bie Worte "in. 8 8 kr. 2 bis 5" erfett burch bie Worte "in I

(1) Der zuständige Minister kann auch von anderen als den im § 2 Abs. 2 genannten Bestimmungen der Bauordnungen die Bestreiung von der Zustimmung des Regierungspräsidenten abhängig machen.

(2) Der Regierungspräsident kann seine Zustimmung gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 für genau umgrenzte Fälle allgemein geben.

§ 4.

Soweit in diesem Gesetze die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten vorgesehen ist, tritt an seine Stelle im Verwaltungsbereich der Stadt Berlin der Oberpräsident und im Verwaltungsbereich des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk der Verbandspräsident.

§ 5.

Die Ausführungsbestimmungen erläßt der zuständige Minister.

§ 6.

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. April 1934 in Kraft.

(2) Mit dem Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes treten entgegenstehende Bestimmungen, insbesondere die §§ 143 bis 145 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verswaltungss und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetzsamml. S. 237), außer Kraft.

Berlin, den 15. Dezember 1933. 48 matistordnithus uchilleritudund und auf auf felde (Albei All)

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium. Göring Popih.

zugleich als Minister bes Innern.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 15. Dezember 1933.

Für den Reichskanzler:

Der Preußische Ministerpräsident.

Göring.

ordnungen) belögliegen die Baugenebungnugstelber

(Nr. 14049.) Geset zur Anderung der Bestimmungen des Bolksschulunterhaltungsgesetzes über die Zugehörigkeit von Rabbinern zu den Schuldeputationen und Schulvorständen. Vom 18. Dezember 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

8 1.

Das Gesetz, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, vom 28. Juli 1906 (Gesetzsamml. S. 335) in der Fassung des Gesetzes vom 7. Oktober 1920 (Gesetzsamml. S. 535) wird wie folgt geändert:

- 1. Im § 44 wird Ziffer I 5 gestrichen.
- 2. Jm § 44 III werden die Worte "in I Nr. 2 bis 5" ersetzt durch die Worte "in I Nr. 2 bis 4".
- 3. Im § 47 Abs. 3 wird der fünfte Satz gestrichen; der sechste Satz erhält den Wortlaut: Umfaßt der Schulberband nur Schulen, die mit Lehrkräften ein und derselben

Konfession besetzt sind, so gehört der Pfarrer der anderen Konfession dem Schulvorstande nicht an.

4. Im § 50 Abs. 6 wird das Wort "Rabbiner" gestrichen.

§ 2.

Dieses Gesetztritt an dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 18. Dezember 1933.

(Siegel.) Das Preußische Staatsministerium. Rust.

muar nederiedt nednedelfrem Göring.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verfündet.

Berlin, den 18. Dezember 1933.

sifose trigodogneronden mi noides Für den Reichskanzler: "anne noniaure nod nie (1)

Der Preußische Ministerpräsident.

Allgemeinen Berggefebes auch für die begring Brolidien Moffliche fonte nicht unterfiebenden Bohrmagen, latern sie tiefer als 100 m in den Noben vin

(s) Alex sine islaye Bedrung für eigene oder fremde Rechnung custührt, ist verblichtet, sein Vorhaben der Werabehörde mindestens zwei Wochen vor dem Beginne der Arbeiten anzuzeigen. Die

(Rr. 14050.) Gejeg über bie Beaufsichtigung bon unterirdifchen Mineralgewinnungsbetrieben und Tiefbohrungen. Bom 18. Dezember 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1.

- (1) Für die unterirdische Aufsuchung und Gewinnung von Mineralien, ähnlichen Stoffen, Steinen und Erden, die dem Verfügungsrechte des Grundeigentumers unterliegen und für die eine besondere gesetliche Regelung bisher nicht getroffen ist, gelten nachfolgende Vorschriften des Allgemeinen Berggesetzes für die Breußischen Staaten entsprechend:
 - 1. Titel III Abschnitt 1 "von dem Bergwerkseigentum im allgemeinen" der § 59;
 - 2. Titel III Abschnitt 2 "von dem Betrieb und der Berwaltung" die §§ 66 bis 79 einschließlich;
 - 3. Titel III Abschnitt 3 "bon den Bergleuten und den Betriebsbeamten" die §§ 80 bis 93 einschließlich mit der Maßgabe, daß bei nicht knappschaftlich versicherten Betrieben die im § 92 bezeichneten Gelbstrafen derjenigen Silfstaffe zufallen, welcher der Arbeiter angehört, in Ermangelung einer folchen einer anderen zum Besten der Arbeiter an dem Orte bestehenden, von der Gemeindebehörde zu bestimmenden Rasse und in deren Ermangelung der Ortsarmenkasse;
 - 4. Titel VIII "bon den Bergbehörden" die §§ 187 bis 195 einschließlich;
 - 5. Titel IX "von der Bergpolizei" die §§ 196 bis 209 a einschließlich;
 - 6. Titel XII "Schlußbestimmungen" der § 242.
- (2) Das gleiche gilt für die zugehörigen oberirdischen Betriebsanlagen und Aufbereitungsanstalten.
- (3) Die Bergbehörde kann den Unternehmer wegen geringen Umfanges des Betriebs von der Befolgung des § 72 des Allgemeinen Berggesetzes befreien.

\$ 2. The of day theter nongetiment

Wird die unterirdische Aufsuchung und Gewinnung der im § 1 Abs. 1 bezeichneten Stoffe von mehreren Personen betrieben, so finden die Bestimmungen des § 211 e des Allgemeinen Bergsgesetzes entsprechende Anwendung.

8 3.

- (1) Der Minister für Wirtschaft und Arbeit kann anordnen, daß die Borschriften des § 1 Abs. 1 Ziffern 1, 4 und 5 und des § 2 auch auf solche Betriebe einschließlich der zugehörigen Betriebs= anlagen und Aufbereitungsanstalten Anwendung finden, in denen die im § 1 Abs. 1 aufgeführten Stoffe im Tagebau gewonnen werden, wenn sie mit unterirdischen Betrieben der im § 1 Abs. 1 bezeichneten Art oder mit sonstigen der Aufsicht der Bergbehörden unterstehenden Betrieben räumslich und betrieblich zusammenhängen.
- (2) Der Minister für Wissenschaft und Arbeit kann die polizeiliche Aufsicht über einen der im § 1 aufgeführten Betriebe dem Gewerbeaufsichtsbeamten übertragen. Gleiches gilt für einen Bestrieb im Sinne von Abs. 1.

8 4.

- (1) In den Provinzen Hannover, Schleswig-Holftein und Sachsen, im Regierungsbezirk Kassel sowie in weiteren durch Verordnung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit zu bestimmenden Bezirken gelten die §§ 67 bis 70, 73 bis 77 und die Vorschriften des VIII. und IX. Titels des Allgemeinen Berggesetzes auch für die der bergbehördlichen Aufsicht sonst nicht unterstehenden Bohrungen, sosen sie tiefer als 100 m in den Boden eindringen.
- (2) Wer eine folche Bohrung für eigene oder fremde Rechnung ausführt, ist verpslichtet, sein Vorhaben der Bergbehörde mindestens zwei Wochen vor dem Beginne der Arbeiten anzuzeigen. Die Anzeige durch einen Mitverpflichteten befreit die übrigen von der Anzeigepflicht.
- (3) Die Einstellung der Bohvarbeiten hat der nach Abs. 2 Verpflichtete mindestens eine Woche vorher der Bergbehörde anzuzeigen; werden die Arbeiten schon in kürzerer Frist eingestellt, so ist die Anzeige unverzüglich zu erstatten.
- (4) Übertretungen der Vorschriften in Abs. 2 und 3 werden gemäß § 207 des Allgemeinen Berggesetzes bestraft.
- (5) Durch Berordnung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit können für bestimmte Gebiete innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs des Abs. 1 die in diesem Absat aufgeführten Borschriften des Allgemeinen Berggesetzes außerdem auf solche der bergbehördlichen Aufsicht sonst nicht unterstehenden Bohrungen für anwendbar erklärt werden, die mit mechanischer Kraft angestrieben werden. Die Bestimmungen der Abs. 2 bis 4 sinden Anwendung.

§ 5.

- (1) Alle mit mechanischer Kraft angetriebenen Bohrungen, die nicht der Aufsicht der Bergsbehörde unterstehen, müssen zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten von demjenigen, der eine solche Bohrung für eigene oder fremde Rechnung aussührt, dem Bergrevierbeamten angezeigt werden. Diesem sind ferner sämtliche Bohrergebnisse mitzuteilen. Die Anzeige durch einen Mitsverpflichteten befreit die übrigen von der Anzeigepflicht. Der Bergrevierbeamte ist berechtigt, die Richtigkeit der Angaben nachzuprüssen.
 - (2) Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bestraft.

2 6

- (1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1934 in Kraft.
- (2) Bohrungen im Sinne des § 4, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits begonnen sind, hat der nach § 4 Abs. 2 Verpflichtete der Bergbehörde unverzüglich anzuzeigen. § 4 Abs. 4 gilt entsprechend.

(3) Mit der Ausführung dieses Gesetzes wird der Minister für Wirtschaft und Arbeit beauftragt.

Berlin, den 18. Dezember 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Göring.

Schmitt.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 18. Dezember 1933.

Für den Reichskanzler: Der Preußische Ministerpräsident. Göring.

(Nr. 14051.) Zweite Berordnung zur Ausführung bes Gesetzes zum Schutze ber nationalen Symbole. Bom 15. Dezember 1933.

Auf Grund des § 11 des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole vom 19. Mai 1933 (Reichsgesetztl. I S. 285) wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Oberste Landesbehörde im Sinne des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole ist der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin.

Holizeibehörden im Sinne des Gesetzes sind die Ortspolizeibehörden.

§ 2.

Zum Vertreter des öffentlichen Interesses (§ 4 Abs. 2 des Gesetzes) wird der Polizeipräsident in Berlin bestellt.

§ 3. Diese Berordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze der nationalen Symbole vom 12. Juni 1933 (Gesetzsamml. S. 211) außer Kraft.

Berlin, den 15. Dezember 1933.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Göring

zugleich als Minister bes Innern.

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckereis und Berlags-Aftiengesellschaft Berlin,

Verlag: R. von Decker's Berlag, G. Schenck, Berlin B.9, Linkstraße 35. (Postschecksonto Berlin 9059.) Den laufenden Bezug der Preußischen Gesetziammlung vermitteln nur die Postanftalten (Bezugspreis 1,— AM vierteljährlich); den laufenden Bezug der Preußischen Gesetziag und ditere) können unmittelbar vom Berlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achtseitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Apf, dei größeren Bestellungen 10—40 v.h. Preisermäßigung.

tenn. Gesententung 1939., Mr. 80. megeogeben ein 20. 12. 83.

(a) Mil der Ansfilhrung diefes Oefehes roted der Minister für Mirtschaft und Arbeit seanfragt

Sectific den 18. Degemeer 1983.

Das Preußtsche Staatsminkterium.

itimos Anda Ann agnirā. O

Das verstehende, von Preußlichen Etaatsuchnisarium beschlosses Geseh wird vierverstinder:

Berlin, den 18. Degember 1939.

Der Preußische Reinschafter Der Preußische Winisterprässent. Göring

Res. 14961.) Zweite Wererbrung zur Ludführung bes Gesches zune Schuse ber nationalen Spuivole. Born 15. Dezember 1883.

Am Grund des § 11 der Gefoges jum Schuge der nationalen Symbole vom 19. Mat 1988 Beidschefebli IS. 283) webe folgendes bestimmt:

Deufte Landesbehörde im Struc des Gelehes zum Chane der notionalen Symbole ist der keprösident der Pruding Rrundenburg und von Reclin.

ovogere Serwaltungsbehörden im Sinne des genannten Geseges sind die Kreispoligeibehörden. Polizeibehörden im Sinna des Geseges sind die Ortspolizeibehörden.

Aug Bertreter des öffentlichen Jederesses 4 Abs. 2 des Gesepred werd per Poligiprösdent Bertin bestellt, des schoolstes des des bestelltes des Abs. 2 des Gesepred wird der Poligiprösdent

Diese Verordnung griecheite Worde, noch ehrer Versierbung in Araft. Gleichzeitig tritt die Vervrdnung zur Aussildrung des Gesches zum Schuhe der nationalen Spubole vom 12. Juni 1983 (Geschlammt. S. 271) aufger Krast.

Berila, den 16. Dejember 1982:

eight and the Pas Proudifiche Staatsmingtonium.

angleich als Minifter von Innern.

Serandargoben vom Pregnischen Seichenflechun. — Druck: Preußiche Druckerfe und Verlage-Afriengelichaft Neuten Verläge Verlage Verlag, G. Schend, Berlig II. I. Lingraße II. (Pellichedfonts Berlin 1989.)

Den langenden Serren der Kreubilden Elfenfammiung vernöftlen und die Archankaltele (Bergodoreis 1, - Alle abertellichald): einselne Annuaren und Jederschafe (nuch ellere) lönner unmittelt er vom Aleriag und dem Ausbilandel begogen werten. Auste für den gefählichen dogen voor den Brogerien 30 Arch. bei großeren Minterlingen 18. gen de Rechtenstanden